

«Sekundarschulstandorte»: Flucht ins Grossprojekt?

Von Christoph Straumann, Mitglied der Geschäftsleitung LVB



«Strategiebericht» der Bildungsdirektion

Am 13. November 2006 hat die Bildungsdirektion in einer Medienkonferenz ihren «Strategiebericht Sekundarschulstandorte» vorgestellt und dazu gleichzeitig und erstmals auch die Personalverbände informiert.

Das Werk besteht aus

- einem Schreiben des Bildungsdirektors,
- einer Situationsanalyse der Abteilung Schulraumplanung der Stabsstelle Bildung und
- dem Schlussbericht der Firma planconsult Basel «Übernahme Sekundarschulbauten Teilprojekt 1: Strategie».

Die Projektgruppe bilden die Damen Caratsch (BUD) und Reichlin (FKD) sowie Rolf Kämpf (BKSD), die Steuergruppe die Mitglieder des Regierungsrats Schneider, Wüthrich und Ballmer.

Der Auftrag

Die Beratungsfirma geht dabei nach den Grundsätzen der Planung eines Projektes vor: Bildung einer Projektgruppe, Situationsanalyse, Definieren von Zielsetzungen, Erarbeitung von Entwicklungsmöglichkeiten, Bewertung der Varianten, Schlussfolgerungen. Sie stützt sich auf eine Reihe von Annahmen, Vorgaben und Einschränkungen des kantonalen Auftraggebers.

Im Innern dieses Berichts ist zu erkennen, dass anschliessend an das Teilprojekt 1 die Teilprojekte 2 (Übernahmemodelle), 3 (Unterhalt), 4 (Bewirtschaftung und Abgeltungsmodelle), 5 (Baurechts- und Mietverträge) und 6 (Landratsvorlage) geplant sind. Zum Zustand dieser Projekte ist nichts zu erfahren.

Das Teilprojekt 1 solle, heisst es, zu «grundsätzlichen Weichenstellungen in der Schulort- und Gebäudepolitik im Bereich Sekundarschulen führen».

In den einleitenden Schreiben sind die folgenden «Herausforderungen» genannt:

- Der Kanton müsse die Sekundarschulbauten übernehmen.
- Die «Zusammenführung der 3 Anforderungsniveaus sei vielerorts noch nicht vollzogen».
- Mit HarmoS stehe eventuell auch eine Verkürzung der Sekundarstufe I auf 3 Jahre bevor.
- Die Prognose weise bis 2015 einen Rückgang der Schülerzahlen aus.

Der Bericht führt neben dem Ist-Zustand drei Varianten zur Konzentrierung von Schulraum auf und rechnet und argumentiert sich abschliessend zu einem «Soll-Konzept» mit Konzentrierung auf wenige Schulkreise mit übergeordneten «regionalen Schulleitungen» durch. Zur Umsetzung dieses Konzepts sei jetzt rasch eine «Task Force» zu bilden.

Einäugig abgesteckte Zielsetzungen

Der Bericht mag wohl im Rahmen seiner engen Vorgaben korrekt gerechnet sein. Für eine umfassende Beurteilung der momentanen Gesamtsituation fehlt ihm aber die bildungspolitische Weitsicht und die Vernetzung mit einem Gesamtbild der bildungspolitisch angerichteten Problematiken.

Es beginnt mit einer eher beschränkten Zieldefinierung: mit der Forderung nach konsequenter Umsetzung des Bildungsgesetzes sehen sich dessen Ideologien nicht hinterfragt, zum einen; zum andern liegen nebst HarmoS und seinen Konsequenzen, zusätzlich auch die Frühfremdsprachen mit ihren Auswirkungen auch auf die Sek I-Stu-

fe und das Konkordat Sonderpädagogik auf dem Tisch. Bevor die Parameter dieser Unternehmungen nicht geklärt sind, und davon ist man noch meilenweit entfernt, macht das Umtopfen von Sekundarschulstandorten wenig Sinn.

Ideale Schulgrösse: mal 16, mal 14, dann wieder mindestens 30 Klassen...

Zum wiederholten Male – und der Eindruck von Beliebigkeit drängt sich auf – geben die Fachleute jetzt völlig unterschiedliche Vorstellungen von idealen Standortgrössen zum Besten. Begründet wird die im Moment gerade aktuelle Maxime «je grösser desto besser» vor allem mit der besseren Auslastung von Räumen und Personal und der Möglichkeit für ein besseres Angebot im Bereich von Wahl- und Freifächern. Allerdings ist für den schulischen Hauptbereich, die Kernfächer, eine derartige Massierung von Lektionenpools nicht wirklich qualitätsbestimmend. Da muss die Frage erlaubt sein, ob sich eine Investition im dreistelligen Millionenbereich einzig für einen Ausbau dieser nie professionell geprüften Angebotsphilosophie wirklich lohnt. Durch die Zwänge der Stundenplangestaltung sind zudem bei grossen Schulen erfahrungsgemäss im Freifachangebot wieder massiv einengende Grenzen zu setzen.

Man hat auch an die Lehrpersonen gedacht...

Um diesen Ausbau des «Rahmenprogramms» begründen zu können, mussten im Bericht auch die angeblichen Interessen von Lehrpersonen herhalten: Ohne breite Angebotspalette im sogenannten «Angebot der Schule» würden gemäss Bericht für Lehrkräfte die ihren Fähigkeiten und Stärken entsprechenden Spezialisierungsmöglichkeiten fehlen.

Wer denkt sich sowas aus? Das professionelle Lehrpersonal ist nach wie vor in erster Linie an optimalen Bedingungen für die Erfüllung des Kernauftrags interessiert. Das hiesse zum Beispiel

- an Lehrmitteln, die auch zum Lehrplan passen,
- an voll bezahlten Weiterbildungsmöglichkeiten oder an
- reduzierten Klassengrössen, die die Wirkung des Kernunterrichts massiv steigern könnten.

Wenn jetzt auf einmal individuelle Neigungen aus dem Hobbybereich einer Lehrperson als Begründung für eine Massierung von Schulraum herhalten müssen, kann schon etwas Rührung aufkommen.

Braucht es überhaupt eine Einheitslösung?

Eine organisatorische Zusammenführung verschiedener Sek-Schulhäuser mag in grösseren Agglomerationsgemeinden, wo die Schulwege nicht zu lang werden und die verschiedenen Schulhäuser untereinander innert nützlicher Frist zu erreichen sind, noch plausibel erscheinen. Speziell im oberen Kantonsteil, wo schon rein durch die landschaftliche Gliederung ein Einzugsgebiet für eine Schule flächenmässig viel grössere Dimensionen aufweist, müssen bei einer breit angelegten Planung aber auch andere Aspekte in Betracht gezogen werden. Eine rein betriebswirtschaftliche Optimierung im Bereich der Personal- und Gebäudekosten würde hier nicht allen Stakeholdern gerecht:

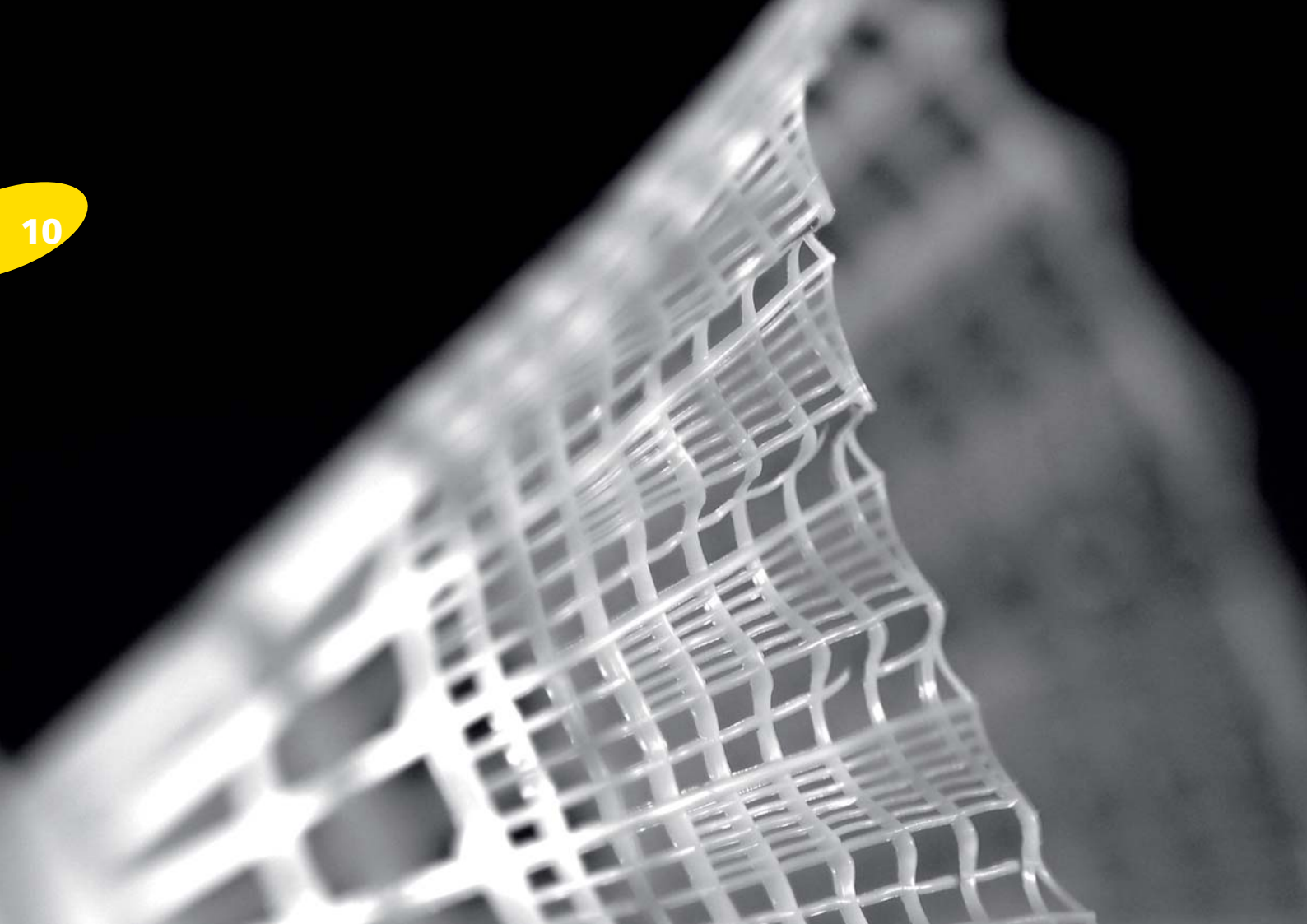
- Rein rechnerisch wären die durch die massiv länger werdenden Schulwege verursachten Vollkosten für den Bustransport und im Minimum für den Betrieb eines Mittagstisches auf jeden Fall mitzurechnen. Das geschieht im vorliegenden Bericht noch nicht, dürfte aber die Eltern und die Gemeinden im Einzugsgebiet einer solchen Schule interessieren.

- Auch wenn es sicher nicht ein Hauptpunkt sein kann: Auch eine Sekundarschule hat ihre Ausstrahlung auf das kommunale Zusammenleben. Konzerte, Theateraufführungen, Weihnachtsfeiern oder etwa ein Schulfest sind kulturelle Ereignisse, die sich nicht so einfach aus einem Dorf wegdenken lassen und als Treffpunkt der Bevölkerung geschätzt werden.

- Was aber die Gemeinden eines Schulortes, der allenfalls geschlossen werden sollte, ganz sicher interessiert, ist die schwindende Attraktivität als Wohnort für junge Familien. Die Nachfrage nach den im Bericht erwähnten Möglichkeiten für eine Umnutzung des nicht mehr benötigten Schulraumes dürfte sich in einer solchen Gemeinde in einer ähnlichen Richtung bewegen.

Zusammen mit der momentanen Diskussion um die Länge der Primarschulzeit ergibt sich so ein dichter Planungsnebel. Da erstaunt es nicht, dass sich Standortgemeinden in einem offenen Brief an die Bildungsdirektion wenden und Planungssicherheit verlangen. Zuviel hängt von einer verlässlichen Planung ab. Dabei ist gut zu überlegen, ob es tatsächlich nötig ist, dass alle Schulstandorte über den gleichen Leist geschlagen werden, oder ob bei einer den lokalen Verhältnissen angepassten Schule der «return-of-investment» insgesamt nicht doch grösser sein könnte.

Wenn aber politisch eine derartige Lösung nicht innert nützlicher Frist zu erreichen wäre, bekäme dann vielleicht doch noch eine Variante, die da und dort herum geboten wird, eine Chance: Nach dieser Variante werden gar keine Schulhäuser mehr gebaut. Der Unterricht der Zukunft findet nur noch in Schulcontainern statt. Diese lassen sich, je nach der aktuellen bildungspolitischen Grosswetterlage, leicht von einem Standort zu einem



nächsten verschieben. Auch das Umspritzen von «Sekundarschule» auf «Primarschule» oder «Gymnasium» wäre absolut problemlos und kostengünstig.

Sind neue Führungsebenen sinnvoll?

Die Maximierung der Schulraum-Konzentrierung auf einige wenige Sekundarschul-Megazentren scheint den Planern dann doch selbst etwas weit hergeholt zu sein. Daher schlagen sie im Endergebnis einen Kompromiss vor: Es sollen mehr Schulstandorte erhalten bleiben, als das nach betriebsökonomischen Gesichtspunkten am günstigsten wäre. Da die Vielzahl von Schulleitungen den Austausch und die Koordination zwischen den einzelnen Schulen aber massiv erschweren würden, sollen benachbarte Standorte neu von einer übergeordneten «Oberschulleitung» geführt werden. Dadurch liessen sich Leitungs- und Administrationskosten einsparen.

Da muss die Frage erlaubt sein: Sind die teilautonomen Schulleitungen und ihre Schulen «mit eigenem Profil» etwa nicht ein gewolltes Produkt des Bildungsgesetzes? Möchte man jetzt plötzlich die Geister verjagen, die man vor wenigen Jahren selbst gerufen hat?

Fakt ist allerdings, dass die Teilautonomie weithin längst als hochproblematisch erkannt worden ist:

- Den Schulleitungen beschert sie neben ihren bisherigen Führungsaufgaben eine noch nie dagewesene Formularflut;
- der Druck zu einer plakativen Selbstdarstellung der Einzelschule bindet Ressourcen, die eigentlich gar nicht vorhanden sind.

Und jetzt soll mit einer zusätzlichen Führungsebene eine Besserung erreicht werden? Die bisherigen Erfahrungen lassen eher das Gegenteil befürchten.

Teilautonomie revidieren, aber nicht durch Flucht in den worst case

Bei einer mit Überblick ausgestatteten kantonalen Bildungsverwaltung wären die nötigen Koordinationsaufgaben durchaus auch direkt mit den beteiligten Schulstandorten auszuhandeln. Dadurch liessen sich voraussichtlich kantonale Stellen der Bildungsverwaltung wieder besser auslasten, und aufreibende, aber nutzlose Auseinandersetzungen zwischen Schulen mit unterschiedlichen Kulturen könnten vermieden werden.

Vernetzung nicht optimal

Ingesamt bringt das vorliegende Werk einige durchaus bemerkenswerte Gedanken, die aber eng auf die rein betriebswirtschaftliche Sichtweise fokussiert sind. Das ist der Firma planconsult nicht vorzuwerfen. Als direkte Basis für einen so umfangreichen Finanzentscheid scheint das Eis aber doch etwas gar dünn zu sein. Es fehlt die Vernetzung mit diesen Reformgebieten:

- Tagesstrukturen und ihr Platzbedarf
- Ausbau der Primarschulen, wenn diese auf 6 Jahre erweitert werden sollen
- Absehbare Entwicklungen im gymnasialen Bereich: Was ist, wenn die 4. Klasse des Niveaus P aus der Sekundarschule ausgegliedert werden muss?
- Was bringt der neue Deutschschweizer Lehrplan? Womöglich erfährt dabei die Angebotspalette gegenüber dem unlängst in Kraft gesetzten BL-Lehrplan wesentliche platzrelevante Änderungen.
- Konkordat «Sonderpädagogik»: Wenn integrierender Unterricht ausgebaut werden soll, kommt der zusätzliche Gruppenraum durchgehend auf Sekundarstufe I: Ist dieser Platzbedarf jetzt bereits erfassbar?
- Dasselbe gilt für den gesamten Bereich der Speziellen Förderung.
- Mit welchen Auswirkungen ist zu rechnen, falls die Bildungsgutschein-Initiative angenommen wird? Beim Abgang von wenigen Prozenten der Schülerinnen stünde die gesamte Raumbedarfsplanung kopf.
- Sind die Konsequenzen bezüglich Schulbus, Disziplin und Vandalismus bei regionalen Megaschulen bedacht?
- Wie gut sind die Absatzchancen von leerstehendem Sekundarschulraum wirklich?

Eine erfolgversprechende Projektanlage müsste diese Komplexe mit einbeziehen, sie wäre daher um ein Vielfaches komplexer und müsste, wenn sie nicht Leerlauf produzieren will, zuerst die Festlegung der oben bezeichneten, heute noch nicht absehbaren Planungsparameter abwarten.

Daraus leiten sich die folgenden **LVB-Empfehlungen** ab:

HarmoS 5/4

Unter dem bestehenden 5/4-System liesse sich das anrollende Bau-Chaos verhindern; mit den frei werdenden Mitteln könnten die tatsächlichen Probleme der Sekundarstufe I angegangen werden.

Den Schülerrückgang nutzen

Der absehbare demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen könnte dazu genutzt werden, in den bestehenden Schulräumen Einsparungen zu realisieren und einen Teil davon in Verbesserungen der Schulqualität zu stecken, in kleinere Klassen zum Beispiel und in ein verbessertes Schulraumangebot pro Klasse. Ausbaubedarf: null. Der Sanierungsbedarf ist ein Unterhaltungsproblem, das in der Erwartung der Übernahme der Bauten da und dort vernachlässigt wurde, das sich aber sowieso stellt.

Alle Projekte müssen vorliegen

Hinzu kommt, dass die ganzen Strategieerwägungen dieses Berichts – wie bei den Entscheiden zur Bildungsgesetzgebung – in der Luft hängen, wenn die übrigen 5 Teilprojekte nicht auf einem vergleichbaren Entwicklungsstand vorgelegt werden, damit eine Gesamtbeurteilung möglich wird. Davon ist aber nichts zu erkennen.

Hausgemachte Ideologie

3 der 4 in der Einleitung des Berichts genannten «Herausforderungen» sind eben **keine Schicksalsschläge, sondern hausgemachte Ideologie** und könnten sich – bei Verzicht auf diese – kostengünstig in Luft auflösen und Ressourcen für eine realitätsbezogene Entwicklung der Sekundarstufe I freimachen. Das ist heute die weit herum gereichte Erkenntnis. Die Frage ist, ob die Politik darauf zu reagieren vermag.

Voraussetzung dafür wäre, dass die unterdessen weithin anerkannten kapitalen Fehler im Bildungsgesetz (Grundsatzentscheide ohne entsprechende Planungsvoraussetzungen) korrigiert würden.

- Für die Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton gibt es nach wie vor keinen einzigen stichhaltigen Grund. Es ist nicht zu erkennen, dass der bisherige Zustand in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton nicht bestens funktioniert hätte: Zur Zeit verfügt jedes Schulkind in Baselland über einen guten Ausbildungsplatz.

- Die «Zusammenführung unter einem Dach» steht noch nicht einmal im Bildungsgesetz, sondern war ideologischer Bestandteil der Begleitrhetorik, für die es nicht den Ansatz eines pädagogischen Belegs gibt. Denn durch das reine Umplatzen von Schulzimmern lässt sich die Qualität keiner einzigen Schulstunde verbessern.

Noch ein Planungschaos?

Die Eile, zu welcher der Bericht auf eine Realisierung der ihm genehm erscheinenden Variante und die möglichst baldige Einsetzung einer «Task Force» zu deren Umsetzung drängt, lässt ahnen, dass erneut Ideologie vor Realitätssinn gehen könnte. **Das optimiert die Chance, sich auf diesem Weg ein weiteres unlösbares Planungschaos einzuhandeln: Es macht die Sekundarstufe I zur permanenten Grossbaustelle und die «Gute Schule Baselland» definitiv zur Worthülse.**